

Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Frauenfragen

am 19.11.2024

Anwesend

- Vorsitz

Haase, Nino

- Verwaltung

Eifinger, Kristin
Gerhardt, André

- Mitglieder

Beckmann, Ulrike
Diehl, Ellen
Eßl, Sabine
Gorges, Stefanie
Kraft, Luca Loreen
Kropmanns, Zoe
Neher, Daiana
Ott, Valentin Stellvertretung für Frau Teresa Bicknell
Pabst, Anna-Sophie Stellvertretung für Frau Ursula Groden-Kranich
Resch, Brunhilde
Simonis, Hannah
Wild, Vanessa

- Vertretung von Verbänden und Institutionen

Ellrich, Christine
Hilgefort, Gisela, Dr.
Hufen, Gabriele
Jochmann, Eva
Salzmann, Christiane
Ullrich, Susanne Stellvertretung für Frau Regine Hungershausen

Entschuldigt fehlen

- Verwaltung

Okur, Derya
Trojanowski, Martina

- Mitglieder

Abada, Marika
Berg, Valentina
Bicknell, Teresa
Grodén-Kranich, Ursula
Schmöller, Jana

- Vertretung von Verbänden und Institutionen

Ganovic, Irma
Hungershausen, Regine
Jahnke, Angelika, Dr.
Martina, Yasmin
Wagner, Susanne
Wilwerding, Monika

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Begrüßung
2. Konstituierung des Ausschusses für Frauenfragen
3. Verpflichtung von Mitgliedern
4. Bericht zum Dritten Gleichstellungsaktionsplan
Vorlage: 1635/2024
5. Sachstandsmitteilung Umsetzung der Istanbul-Konvention
6. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 14. März 2024
7. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16.35 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Begrüßung**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Ausschussmitglieder.

Punkt 2 **Konstituierung des Ausschusses für Frauenfragen**

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass sich der Ausschuss für Frauenfragen für die Dauer der Wahlperiode konstituiert hat.

Punkt 3 **Verpflichtung von Mitgliedern**

Der Vorsitzende verpflichtet die Mitglieder des Ausschusses unter Verweis auf § 46 i.V.m. § 30 Abs. 2 GemO per Handschlag.

Punkt 4 **Bericht zum Dritten Gleichstellungsaktionsplan** **Hier: Kenntnisnahme** **Vorlage: 1635/2024**

Der Oberbürgermeister bittet um Kenntnisnahme des mit der Einladung zugesandten Berichtes zum Dritten Gleichstellungsaktionsplan. Der Stadtrat solle beschließen, zur weiteren Erfüllung der Europäischen Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern einen neuen Gleichstellungsaktionsplan zu erarbeiten und damit die bisherigen Maßnahmen fortzuschreiben und zu aktualisieren. Ziel sei es, im Hinblick auf die Erstellung eines Vierten Gleichstellungsaktionsplans Prozesse zur Gleichstellung bei der Landeshauptstadt Mainz zu verstetigen. Mit dem Beitritt zur Europäischen Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern habe sich die Landeshauptstadt Mainz zur Aufstellung von Gleichstellungsaktionsplänen verpflichtet und ebenso zur Vorlage von Berichten zur Umsetzung. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass der Bericht auf den Darstellungen der an den Einzelmaßnahmen beteiligten Ämtern und Abteilungen basiere und den Stand der Entwicklung wiedergebe. Anmerkungen oder Anregungen seien willkommen und sollen an das Frauenbüro gerichtet werden.

Punkt 5 **Sachstandsmitteilung Umsetzung der Istanbul-Konvention**
Berichterstattung: Frauenbüro

Frau Hufen bittet den Oberbürgermeister um Information zu der derzeitigen Personalsituation im Frauenbüro sowie zu Planungen von Geldern für frauenpolitische Maßnahmen im kommenden Jahr.

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass das Frauenbüro derzeit mit 2,5 Vollzeitäquivalenten besetzt sei. Bei unbesetzten Stellen aufgrund von Elternzeit erfolge eine Nachbesetzung. Durch die kürzliche Neueinstellung einer Mitarbeiterin seien die Vollzeitäquivalente trotz der Inanspruchnahme der Elternzeit von Frau Appelshäuser sichergestellt. Eine zeitnahe Stellenausschreibung zur Elternzeitvertretung für Frau Eifinger sei geplant. Für das Jahr 2025 sei darüber hinaus auch eine Vollzeitstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention geplant.

Hinsichtlich der Haushaltsmittel für das Jahr 2025 seien über die pauschale Kürzung um 10 % hinaus, die im Jahr 2025 bei allen Haushaltsansätzen erfolgen wird, keine Kürzungen der Haushaltsmittel im frauenpolitischen Bereich vorgesehen. Die Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 Euro, die für Projekte zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in diesem Jahr zur Verfügung standen, stehen im nächsten Jahr jedoch nicht zur Verfügung. Dies liege jedoch nicht an der Haushaltslage, sondern an der Tatsache, dass es sich um einen Einzelbeschluss zur Umsetzung der Istanbul-Konvention gehandelt habe. Damit das Geld wieder zur Verfügung stehe, müsse im Stadtrat ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Frau Eifinger informiert die Ausschussmitglieder über die Verpflichtungen, die sich für die Stadt Mainz aus der Ratifizierung der Istanbul-Konvention ergeben, sowie über die Entstehung der AG Istanbul-Konvention. Zum aktuellen Sachstand wird mitgeteilt, dass die AG Istanbul-Konvention Ende September die Überarbeitung der vom Arbeitskreis „Gewalt gegen Frauen und Kinder“ vorgelegten Maßnahmenkataloge abgeschlossen habe. Die abschließende Behandlung von drei der ursprünglich 19 Themenfelder sei vorübergehend ausgesetzt worden: das Themenfeld „Gewaltschutz von behinderten Frauen und Mädchen“, um eine breite Diskussion in den betroffenen Organisationen zu ermöglichen, das Themenfeld „Umgangs- und Sorgerecht bei Partnerschaftsgewalt“, da das Jugendamt hierzu einen eigenen Arbeitsschwerpunkt setzen wolle und das Themenfeld „Medizinische Soforthilfe bei Vergewaltigung“, das von Seiten des Landes als Projektträgerin konzeptionell neu ausgerichtet werde. Zum weiteren Vorgehen berichtet Frau Eifinger, dass die angepassten Maßnahmenkataloge zur vertieften Bearbeitung an die zuständigen Ämter und Abteilungen weitergeleitet werden. Nach Eingang der entsprechenden Rückmeldungen werde die AG dann eine Endfassung erstellen und Vorschläge zur Umsetzung entwickeln. Nach deren Diskussion im Stadtvorstand solle dann abschließend eine gremienreife Vorlage entstehen.

Frau Eifinger teilt mit, dass für Freitag, den 13. Dezember 2024, um 14.00 Uhr ein Workshop zur Umsetzung der Istanbul-Konvention geplant sei, da fast alle ordentlichen Mitglieder des Ausschusses neu in dem Gremium seien. Vorgesehen sei folgender Ablauf der Veranstaltung unter Moderation von Frau Lampe:

- Zusammenfassung der Grundzüge der Istanbul-Konvention,
- Schritte zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Mainz,
- Workshops,
- Zusammenfassung und Ausblick.

Frau Jochmann weist darauf hin, dass man sich bei der Terminierung an gut besuchten Veranstaltungen der Vergangenheit orientiert habe. Gegebenenfalls sei jedoch ein weiterer Workshop an einem Samstagvormittag im Frühjahr 2025 denkbar. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass aufgrund einer Änderung der Hauptsatzung der städtischen Gremien zukünftig eine Kostenübernahme der Kinderbetreuung durch die Stadt Mainz erfolgen könne. Dies treffe auch auf den Workshop zu. Möglichkeiten für ein hybrides Veranstaltungsformat sollen durch das Frauenbüro geprüft werden.

Anmerkung: Nach interner Rücksprache wird für den kommenden Workshop am 13. Dezember 2024 keine digitale Übertragung der Veranstaltung erfolgen. Dies wird aufgrund von geplanten Thementischen nicht als sinnvoll erachtet. Für die Planung von zukünftigen Workshops werden Möglichkeiten zu digitalen oder hybriden Veranstaltungsformaten geprüft.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die Umsetzung der Istanbul-Konvention weiterhin prioritär vorangetrieben werden müsse. Gewaltdelikte in der Stadt Mainz seien zwar nachweislich gesunken, jedoch gäbe es weiterhin Angsträume in der Stadt, die man im Blick behalten müsse. Die Stadt Mainz weise im Vergleich zu anderen Städten niedrige Fallzahlen auf. Er sei sich jedoch bewusst, dass es ein großes Dunkelfeld gäbe. Der Oberbürgermeister appelliert, dass sofern Angsträume bekannt seien, eine Mitteilung an das Frauenbüro erfolgen solle.

Punkt 6 **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 14. März 2024**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Niederschrift der Sitzung vom 14. März 2024.

Punkt 7 **Mitteilungen**

Frau Hufen berichtet von dem Ausbau des Frauenhauses Mainz, der durch Fördermittel aus dem Bundesinvestitionsprogramm finanziert werde. Der Mittelabruf könne nur noch bis zum Ende des Jahres erfolgen. Der Umbau sei zwar gestartet, jedoch sei nicht davon auszugehen, dass die Bauarbeiten bis zum Jahresende abgeschlossen seien. Zukünftig sei auch noch die Frage der Finanzierung der erforderlichen Personalaufstockung zu klären. Der Oberbürgermeister sichert zu, dass bei der GWM nach dem aktuellen Stand nachgefragt werden.

Anmerkung: Nach Rückmeldung des Dezernates VI sind die Baumaßnahmen im Zeitplan und werden bis zum Jahresende abgeschlossen und abgerechnet. Einzig die Installation des "Plattformliftes" für die Barrierefreiheit kann wegen Lieferzeiten erst Anfang des kommenden Jahres erfolgen. Sodann sind noch Rest- und Nacharbeiten auszuführen.

Frau Hufen berichtet von einem neuen Projekt zum Wohnen nach dem Frauenhaus für Frauen, die über den Frauenhausaufenthalt hinaus begleitet werden müssen. Es handele sich um ein Projekt des Landes, bei dem zwei Wohnungen zur Verfügung stehen.

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass Informationsschriften des Frauenbüros zur Mitnahme zur Verfügung stehen:

- Broschüre „30 Jahre Frauenbüro“,
- Broschüre „Erste Hilfe bei (sexualisierter) Gewalt gegen Frauen und Mädchen“,

- Flyer „Sicherheitstraining für Frauen 65+“,
- Flyer „Was tun bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz“,
- Flyer „Film- und Diskussionsabend: Sternstunde ihres Lebens“,
- Flyer „Von Istanbul nach Mainz! – Wege zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Landeshauptstadt Mainz“.

Abschließend teilt der Oberbürgermeister die Sitzungstermine für 2025 mit:

- 11. Februar 2025 um 16.30 Uhr (Marc Chagall-Sitzungszimmer im Stadthaus),
- 3. Juni 2025 um 16.30 Uhr (Marc Chagall-Sitzungszimmer im Stadthaus),
- 4. November 2025 um 16.30 Uhr (Marc Chagall-Sitzungszimmer im Stadthaus),

Ende der Sitzung: 17:35 Uhr

gez.
Nino Haase

.....
Vorsitz

gez.
Kristin Eifinger

.....
Schriftführung